

flexibel mit verschiedenen Wochenstunden geleistet werden können.

- Wir brauchen eine familiengerechte Flexibilisierung auch bei den Öffnungszeiten im Handel und bei Dienstleistungen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird zur Farce, wenn Schichtdienste sechs Tage in der Woche bis in den späten Abend hinein gehen und zunehmend auch der Sonntag zum Arbeitstag wird.

- Wir wollen das Elterngeld so weiterentwickeln, dass Mütter und Väter statt sieben 14 Monate Elterngeld bekommen, wenn sie gemeinsam Teilzeit arbeiten. Und wir brauchen einen besseren Kündigungsschutz für werdende Väter. Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass auch werdende Väter bereits mit Bekanntgabe einer Schwangerschaft und ihrer Elternzeitabsicht Kündigungsschutz erhalten.

- Wir brauchen Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und

Sorgearbeit. Die zehntägige Auszeit für Angehörige muss mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt werden. Den bis zu sechsmonatigen Freistellungsanspruch für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir zu einem flexibel handhabbaren Zeitbudget mit Lohnersatz weiter entwickeln.

- Wir wollen für Eltern eine Familienarbeitszeit entwickeln. Eltern sollen zeitlich begrenzt ihre Arbeitszeit partnerschaftlich auf 30 Wochenstunden reduzieren können. Dabei soll bis zu einer Einkommensgrenze ein Teil des damit verbundenen Einkommensverlustes durch eine Förderung aufgefangen werden.

Ich bin mir sicher, dass diese Vorschläge uns ein ganzes Stück weiterbringen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Und ich hoffe auf diesem Weg auf den Rückenwind der vielen Frauen und Männer, die sagen: Wir haben genug davon, in alte Rollen-schablonen gepresst zu werden. ■

Dennis Eversberg

Die verlorene Zukunft der jüngeren Generation

Der »Zugriff auf die eigene Zukunft« ist der jüngeren Generation aus den unterschiedlichsten Gründen heute nur noch selten gegeben. Wie stellen sich aber diese Destabilisierungen im Einzelnen dar, was machen sie mit den Betroffenen und wie könnten mögliche Lösungskonzepte aussehen?

Vieles hat sich geändert auf dem Arbeitsmarkt – und das nicht erst durch die Hartz-Reformen. Für die junge Generation sind die Bedingungen mittlerweile so uneinheitlich wie noch nie: Zwischen Management- und gering entlohnten Dienstleistungsjobs, projektförmiger Kreativarbeit und »Verwahrung« in Trainingsmaßnahmen scheint es kaum Verbindendes zu geben. Und doch lassen sich all diese scheinbar auseinanderdriftenden sozialen Lagen junger Menschen als Ausdrucksformen einer gemeinsamen sozialen Verände-



Dennis Eversberg

(* 1978) ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Forschungskolleg »Postwachstums-gesellschaften« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

dennis.eversberg@uni-jena.de

rungsdimension verstehen. Sie wurzelt in dem Zwang zur stetigen Ausweitung und Beschleunigung gesellschaftlicher Produktivität, dem jede kapitalistische Gesellschaft

unterliegt, und sie besteht darin, dass über alle Teilarbeitsmärkte und Qualifikationsebenen hinweg die Möglichkeit, sich als arbeitender Mensch die eigene Zukunft anzueignen, eine grundsätzliche Destabilisierung erfahren hat.

Das Fundament einer verlässlichen Planung erodiert

Um zu verdeutlichen, was hier verloren gegangen ist, erinnern wir uns, dass im »organisierten Kapitalismus« der langen wiederaufbaubedingten Wachstumsphase nach dem Zweiten Weltkrieg der Zugriff der Arbeitnehmenden auf ihre Zukunft einen historisch beispiellosen Grad an Stabilität erreicht hatte: Die (meist männlichen) Arbeiter und Angestellten im »Normalarbeitsverhältnis« konnten, gestützt auf die kollektiv abgesicherte, an garantierte Anrechte geknüpfte Ressource Beruf, auf dauerhafte Beschäftigung und einen den Lebensstandard der Familie sichernden »Ernährerlohn« vertrauen. Damit verbunden war eine umfassende staatlich organisierte Absicherung grundlegender Lebensrisiken.

Der französische Soziologe Robert Castel nennt die Gesamtheit dieser Stabilisierungsmechanismen das »Sozialeigentum«. Eben dieses kollektive »Eigentum« diente den Arbeitnehmenden – analog zum materiellen Eigentum des Besitzbürgertums – als verlässliche Grundlage der Kalkulation und Planung einer Zukunft, die als verlängerte Gegenwart erschien. Diese Bedingungen begünstigten die Festlegung auf dauerhafte räumliche und soziale Bindungen: Eine Familie zu gründen, ein Haus zu bauen und dafür auch längerfristige Kredite aufzunehmen wurde zum Bestandteil der (männlichen) Normalbiografie.

Seit Ende der 60er Jahre haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen dieses Zukunftsbezugs fundamental geändert. Weil die Unternehmen ihre

stetig wachsende Produktion am gesättigten Binnenmarkt nicht mehr absetzen konnten, orientierten sie sich stärker am Weltmarkt – den dortigen Konkurrenzdruck gaben sie durch Entlassungen und Druck auf die Löhne an die Beschäftigten weiter. Hinzu kam die fortschreitende Finanzialisierung der Weltwirtschaft, deren Folgen die Firmen zunehmend auf die Bedienung kurzfristiger Renditeinteressen festlegten.

Strategische Planungshorizonte verkürzten sich, die Marktschwankungen nahmen zu, und um Kosten und Risiken gering zu halten, begannen die Unternehmen den Arbeitseinsatz so weit wie möglich zu rationalisieren. Große Aufgabebereiche und Arbeitskraftpotenziale wurden ausgegliedert, um sie nur noch bei Bedarf bezahlen zu müssen und sie unter Konkurrenzbedingungen günstiger »einkaufen« zu können. Politische Reformen wie die Liberalisierung der Leiharbeit gaben diesen Strategien mehr Spielraum, während infolge der dadurch steigenden Arbeitslosigkeit der Staat in Finanznöte geriet, angesichts derer Ansprüche auf soziale Sicherung zunehmend als teurer Luxus erschienen.

Ebenso wichtig sind die gleichzeitigen Veränderungen in den technischen Möglichkeiten der Arbeitskraftnutzung: IT-Systeme und Internet erlauben eine extrem kurzfristige und umfassende Koordination komplexer Produktionsprozesse, und die allgemeine Verbreitung von Mobiltelefonen eröffnet den ständigen bedarfsgemäßen Zugriff auf räumlich verstreute Arbeitskräfte. Diese Möglichkeiten kurzfristiger und raum-zeitlich flexibler Einspannung in die Arbeitsvollzüge nutzen die Unternehmen, um den Arbeitskrachteinsatz schnellstmöglich den Schwankungen der Absatzmärkte anzupassen und sich so gegen die Risiken einer nicht mehr kalkulierbaren Zukunft zu schützen. So wird der von den Absatzmärkten ausgehende Verlust der Planbarkeit der Zukunft

auf die Arbeitskräfte abgewälzt. Das Ergebnis ist ein Arbeitsmarkt, auf dem ein ständiger Konkurrenzkampf um den Zugang zu befristeten Jobs und hochspezialisierten Projekten tobt, während dauerhafte Beschäftigung zur Ausnahme geworden ist.

Neben die ökonomisch-politische und die technische tritt aber noch eine soziale Dimension der Veränderungen. Dass der Arbeitsmarkt zu einem Kampffeld wurde, war auch Ergebnis der Strategien gesellschaftlicher Elitefraktionen: Sozial gut vernetzte Manager, die neben Bildungstiteln auch ihre Beziehungen geltend machen konnten, und kulturelle Eliten – KünstlerInnen, Werbefachleute, JournalistInnen –, deren Tätigkeiten nie stark beruflich normiert gewesen waren. Sie waren es gewohnt, unter Aufbietung individueller Fähigkeiten und Referenzen um kurzfristige Engagements oder Projekte zu konkurrieren.

Da diese Gruppen besonders großen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung des Arbeitsmarktes haben, wurden ihre Strategien nun zum bestimmenden Vorbild: In immer mehr Teilarbeitsmärkten setzten sich nun vor allem die durch, die über Bildungsabschlüsse hinaus zusätzliche Kompetenzen, Beziehungen und einschlägige Erfahrungen in die Waagschale werfen konnten. Durch diese Strategien haben sich gerade die oberen Segmente des Arbeitsmarktes nach und nach im engeren Sinne »vermarktlicht«. Statt durch das Sozialeigentum kollektiv den planenden Zugriff auf die Zukunft garantiert zu bekommen, sind nun alle aufgerufen, sich die Zukunft individuell anzueignen, indem sie ihr persönliches »Portfolio« an »marktfähigen« Kompetenzen entwickeln und ständig an die Arbeitskräftenachfrage anpassen.

Die Anforderung, mit der Destabilisierung des Zugriffs auf die Zukunft umgehen zu müssen, stellt sich allen, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten. Das bedeu-

tet aber nicht, dass nun die ganze junge Generation gleichermaßen »ihrer Zukunft beraubt« wäre. Vielmehr wird diese Anforderung je nach sozialer und geografischer Herkunft, Bildungshintergrund oder Geschlecht ganz unterschiedlich erlebt und verarbeitet. Es lassen sich grob mindestens vier Typen oder »Zonen« sozialer Positionen unter Bedingungen einer destabilisierten Zukunftsaneignung nach Castel unterscheiden:

Erstens: Ein schrumpfender Kern der alten Arbeitsgesellschaft, in dem die Möglichkeit zur Zukunftsaneignung auf beruflicher Basis nach wie vor gegeben ist. In den Kernen der exportorientierten Industrie und Teilen des öffentlichen Dienstes ist dauerhafte, sozial abgesicherte Vollzeitbeschäftigung vor allem für Männer weiterhin die Norm. Befragungen zeigen aber, dass auch diese Gruppen zunehmend Erfahrungen mit dem Brüchigwerden der Zukunft machen – etwa durch Erfahrungen von Arbeitsplatzabbau und Leiharbeits-einsatz im eigenen Arbeitsumfeld oder durch arbeitslose oder prekär beschäftigte Angehörige.

Zweitens: Ein Feld von Elitefraktionen, die über große Bildungs- und Erfahrungsressourcen und starke Netzwerke verfügen. Das »Eigentum« an diesen Ressourcen gibt ihnen das Vertrauen, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen auch unter Bedingungen ständigen Wandels stets in ein angemessenes Einkommen umsetzen zu können. Ihre auf persönliche Kompetenz-»portfolios« gestützten aktiven Strategien der Zukunftsaneignung werden als Ideal für alle propagiert. Für wie viele Menschen eine solche Biografie mit ihren enormen Anforderungen aber tatsächlich lebbar ist, ist fraglich. Die derzeitige »Burnout«-Epidemie zeigt, dass sie für viele eher eine dauerhafte Überforderung bedeutet, die fast zwangsläufig in die Erschöpfung kippt.

Drittens: Dort, wo solche großen persönlichen Ressourcen nicht gegeben sind, geht diese Zone der Selbstoptimierung

fließend über in das wachsende Kraftfeld der Prekarität. Zwischen projektförmig arbeitenden Kulturschaffenden und gering qualifizierten Leiharbeitskräften umfasst es eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Gruppen. Gemeinsam ist ihnen das nachhaltig gestörte Verhältnis zur eigenen Zukunft: Sie sind den beruflichen Qualifikationen entwertenden und raumzeitlich fragmentierenden Effekten der Destabilisierung des Zukunftsbezugs ausgesetzt, verfügen dabei aber nicht über ausreichend Ressourcen oder sind zu stark an Wohnort und soziales Umfeld gebunden, um sich ständig strategisch selbst optimieren zu können. Für sie – mehrheitlich Frauen, moderat qualifizierte Dienstleistungsbeschäftigte sowie MigrantInnen – gerät das Leben zu einem ständigen Kampf darum, die Bedienung eigener Bedürfnisse und derer der Angehörigen um die Arbeit herum zu organisieren. Im Extremfall kann das dazu führen, dass die Arbeit das ganze Leben dominiert und alle anderen Lebensbereiche und sozialen Verpflichtungen regelrecht auffrisst, indem sie sie ihrer Planbarkeit beraubt. Die Zukunft erscheint dann als unbeeinflussbares Schicksal, auf dessen günstigen Ausgang sich allenfalls ohnmächtig hoffen lässt.

Viertens: Schließlich können sich junge Menschen auch noch in einer arbeitsmarktlichen »Zone« wiederfinden, in der sie vor allem den politischen Strategien der »Aktivierung« ausgesetzt sind. Unter 25-Jährige sind seit den Hartz-Reformen gesetzlich als besondere Zielgruppe definiert, deren Integration in Beschäftigung als unerlässliches Ziel gilt. Wegen der befürchteten hohen politischen und finanziellen Kosten wird der Zugang junger Arbeitsloser laut Castel zur »Zone der Entkopplung«, der dauerhaften Verdrängung aus dem Arbeitsleben, blockiert: Wer in der Konkurrenz um Arbeit auf der Strecke bleibt, wird von der »aktivierenden« Arbeitsmarktpolitik verpflichtet, das »Spiel« des Wettbewerbs am entstetigten Arbeits-

markt dennoch mitzuspielen und dessen alltägliche Zumutungen auf sich zu nehmen. Weil das erfolgreiche Spielen aber weit mehr persönliche Ressourcen erfordert, als arbeitsmarktpolitische Trainingsprogramme vermitteln können, ist allenfalls die Integration in prekäre Beschäftigung realistisch. Zugleich werden die, die diese Anforderungen nicht dauerhaft bedienen können oder wollen, festgelegt auf ein Leben am Rand der Gesellschaft, in materieller Armut und unter behördlicher Kontrolle. Weil aber alles versucht wurde, um ihnen den Anschluss zu ermöglichen, sollen sie anerkennen, dass der Fehler nicht in den Regeln des Spiels, sondern in ihren eigenen Schwächen und Unzulänglichkeiten liegt: Letztlich wird die Schuld an Arbeitslosigkeit und Armut den Betroffenen selbst zugewiesen.

Auch wenn die Destabilisierung des Zugriffs auf die Zukunft die ganze junge Generation betrifft, sind die Situationen, in die verschiedene Gruppen in ihrer Folge geraten, also doch sehr unterschiedlich. Bedenklich ist vor allem, dass jene Zonen, in denen die Folgen der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Umbrüche den Zugriff junger Menschen auf ihre Zukunft und die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens beeinträchtigen, sich auf Kosten der nach wie vor stabilen Lagen erheblich ausgedehnt haben. Eine angemessene politische Antwort hierauf besteht sicher nicht in der Zuweisung von Verantwortung an die Opfer des Wandels. Stattdessen gälte es sowohl bei den Ursachen anzusetzen als auch neue Formen sozialer Absicherung zu schaffen, die unter den veränderten Bedingungen den Zugriff auf die Zukunft erneut stabilisieren können – und damit auch: gesellschaftliche und politische Handlungsfähigkeit ermöglichen. ■